

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutzes

am Dienstag, dem 16.01.2001

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 22.11.2000
- 3 05 - 13 0493/2001 Kahlschlag der Pappelreihe P 24 an der Viergartenstraße, Hüthum
- 4 05 - 13 0495/2001 Wiederaufforstung einer Waldfläche in Hochelten, Birkenallee
- 4a) 05 - 13 0517/2001 Bauvorhaben Verhey;
hier: Antrag auf Fällgenehmigung zur Erweiterung eines Einfamilienhauses mit Garage
- 5 05 - 13 0492/2001 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Maßnahmen des Fachbereiches 5 "Planen und Verkehr" -
- 6 06 - 13 0498/2001 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Maßnahmen des FB 6 - Bauen und Umwelt -
- 7 Projekte für erneuerbare Energien;
hier: Mündlicher Bericht
- 8 Mitteilungen und Anfragen
- 9 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind: Lang, Hermann
als Vorsitzender

Die Mitglieder: Bongers, Karl-Heinz (bis 19.35 Uhr)
ten Brink, Johannes (für Mitglied Kulka)
Gabriel, Olaf
Hemmerle, Uschi
Heuvelmann, Christian
Lindemann, Willi
Maiß, Franz Georg Anton
Prumbohm, Heinz
Rybold, Karl-Heinz
Sloot, Birgit (bis 19.00 Uhr)
Tenhaef, Alfred
Wernicke, Hans-Jörgen
Weicht, Sigrid (für Mitglied Bongers, S.)

Als Gäste: Frau Dohmen (zu TOP 3, 4, 4a)

Herr Schnake (zu TOP 7)
Herr Wels (zu TOP 7)

Als Zuhörer: Herr Verhey (zu TOP 4a)

Von der
Verwaltung: Herr Runge
Herr Baumgärtner
Herr Siebers
Herr Fidler
Frau Hoffmann (Schriftführerin)

Der Vorsitzende Lang eröffnet um 18.00 Uhr die öffentliche Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
Mit der Erweiterung der Tagesordnung um 4a sind alle Ausschussmitglieder einverstanden.

I. Öffentlich

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Seitens der anwohnenden Einwohnern werden keine Anfragen gestellt.

TOP 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 22.11.2000

Da keine Einwände gegen die vorgelegte Niederschrift vorgebracht werden, wird die vom Vorsitzenden, einem Ausschussmitglied und der Schriftführerin unterzeichnet.

TOP 3 Kahlschlag der Pappelreihe P 24 an der Viergartenstraße , Hüthum (Nr. 05 - 13 0493/2001)

Herr Baumgärtner erläutert kurz die Vorlage und teilt mit, dass, falls der Ausschuss dieser Vorlage zustimmt, die entsprechenden Kosten für die Neupflanzung mit Winterlinden bei der HhSt. 1.881.9510.5 auf der Seite 274 des Vermögenshaushaltes unter dem Tagesordnungspunkt 5 aufgeführt ist. Desweiteren teilt er mit, dass rd. 43 Stück Winterlinden gepflanzt werden und sich rd. 40 Pappeln an der Viergartenstraße befinden.

Auf Anfrage von Herrn Maiß, warum diese Pappeln - nicht wie von der Verwaltung ausgeführt im Rahmen der durchgeführten Totholzentsorgung bei 900 Pappeln - mitgeschnitten werden können, teilt die zuständige Forstbeamtin Frau Dohmen mit, dass sich der Habitus gegenüber den anderen in Emmerich stehenden Hybridenpappeln derart unterscheidet, dass extrem starke, zum Teil waagerechte Äste über der Straße hängen und

in den letzten Jahren ohne ersichtlichen Grund stark belaubte Äste heruntergefallen seien. Ferner sind einige Pappeln umgefallen, die zu erheblichen Schäden geführt haben, da sich in unmittelbarer Nähe eine Hochspannungsleitung befindet.

Ergänzend hierzu wird von der Verwaltung mitgeteilt, dass auch eine Unterpflanzung, wenn nur der 2. und 3. Baum gefällt wird, gerade bei Hochstämmen problematisch sei. Weiterhin sei die seinerzeit beschlossene stückweise Entfernung problematisch, da durch die Entfernung jeden 2. und 3. Baumes die Windbruchgefahr in der freien Landschaft noch höher sei.

Wäre eine Kronenpflege möglich gewesen, so hätte die Verwaltung neben der zur Zeit laufenden Ausschreibung zur Totholzbeseitigung von 900 Pappeln auch diese Pappelreihe mitausgeschrieben.

Mitglied Heuvelmann stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz beschließt, die Pappelreihe an der Viergartenstraße zu entfernen.

14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 4

Wiederaufforstung einer Waldfläche in Hocheelten , Birkenallee (Nr. 05 - 13 0495/2001)

Auch hier teilt Herr Baumgärtner mit, dass falls der Ausschuss dieser Vorlage zustimmt, die entsprechenden Mittel für die Ersatzaufforstung bei der HhSt. 1.881.9510.5 auf der Seite 274 des Vermögenshaushaltes unter dem Tagesordnungspunkt 5 aufgeführt ist.

Nachdem er kurz den Inhalt der Vorlage erläutert, teilt er den Ausschussmitgliedern mit, dass die Verwaltung dem Ausschuss seinerzeit mitgeteilt habe, dass, wenn es sich um Eingriffe in einen Wald handelt, zuvor eine Ortsbesichtigung bzw. eine Beratung im Ausschuss stattfinden würde.

Frau Sloat möchte wissen, warum in diesem Fall die Verwaltung unter dem schützenden Schirm der restlichen Bäume Eichen pflanzen würde, zumal unter dem Tagesordnungspunkt 3 von der Verwaltung angemerkt wurde, dass es problematisch sei, Bäume unter Bäume zu pflanzen.

Hierauf erklärt Frau Dohmen, dass dies nicht vergleichbar mit einer Reihenpflanzung sei, sondern nachdem die meisten Bäume entfernt wurden sind, sich größere Freiflächen im Waldgebiet befinden, die dann aufgeforstet werden. Hinzu kommt, dass nicht wie an der Viergartenstraße Hochstämmen sondern kleinere Forstgehölze gepflanzt werden.

Frau Weicht regt an, die Sichtachse vom Kriegerdenkmal in Richtung Elten durch Aussäubern der Akazien herzustellen. Hierauf erklärt Frau Dohmen, dass, um eine solche Sichtachse herzustellen, ein größerer Kahlschlag in einer Breite von 50 vorgenommen werden müsste.

Herr Maiß führt aus, dass wenn nunmehr alle Birken beseitigt werden, der Name "Birkenallee" in diesem Fall nicht die richtige Straßenbezeichnung sei. Hierauf entgegnet die Verwaltung, dass an der Birkenallee rechts und links ausreichend Birken als Straßenbäume stehen und somit der Name noch gerechtfertigt sei.

Herr Lang lässt nunmehr über den Antrag von Herrn Wernicke, nach Vorlage zu

beschließen, abstimmen.

Der Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz stimmt der Maßnahme zu.

TOP 4a)

Bauvorhaben Verhey ;

**hier: Antrag auf Fällgenehmigung zur Erweiterung eines Einfamilienhauses mit Garage
(Nr. 05 - 13 0517/2001)**

Bevor Herr Baumgärtner die Vorlage erläutert, teilt er dem Ausschuss mit, dass aufgrund einer Anfrage des Bauherrn am 11.01.2001 bezüglich der Fällung von Bäumen zur Erweiterung seines Wohnhauses mit Bau einer Garage die Verwaltung festgestellt hat, dass der Architekt seinerzeit im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens einen Antrag zur Beseitigung der Bäume gestellt habe und somit seine Garage, wie genehmigt nicht errichten kann, da hierfür noch keine Fällgenehmigung vorliegt. Da die nächste Sitzung des Ausschusses für Landschaftspflege und Umweltschutz erst am 06.03.2001 stattfindet und in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 06.02.2001 ausschließlich Maßnahmen in der Innenstadt (Rheinpromenade) und Maßnahmen zum integrierten Stadtkonzept erörtert werden sollen, hat die Verwaltung auf Bitten des Bauherrn und nach Rücksprache mit dem Ausschussvorsitzenden den Punkt noch auf die Tagesordnung gesetzt.

Vor Einstieg in die Tagesordnung bemängeln einige Ausschussmitglieder, dass die nachgereichte Vorlage viel zu spät vorgelegt wurde und sie nicht die Gelegenheit gehabt hätten, sich die Angelegenheit vor Ort anzuschauen. Die Verwaltung solle - wie in der Vergangenheit - versuchen, vor Sitzungsbeginn auf jeden Fall eine gemeinsame Ortsbesichtigung durchzuführen. Hierzu erläutert Herr Baumgärtner kurz, dass es bei einer Besichtigung um 17.30 Uhr viel zu dunkel wäre und eine Besichtigung um 17.00 Uhr wäre zu früh. Aus diesem Grund hat die Verwaltung in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden die Ausschussmitglieder gebeten, sich selbständig vor Sitzungsbeginn die Örtlichkeit anzusehen.

Alle Ausschussmitglieder waren mit der Vorgehensweise, d. h. erst eine Genehmigung erhalten und dann einen Antrag auf Baumbeseitigung stellen, nicht einverstanden.

Herr Heuvelmann schlägt vor, dass der Architekt eine Umplanung vornehmen sollte, wo weniger Bäume der Planung zum Opfer fallen. Herr Wernicke kann sich diesem Vorschlag anschließen.

Herr ten Brink führt aus, dass eine Umplanung durch Drehung der Garage dahin gehend vorgenommen werden könnte, dass die Bäume mit der Nr. 4, 10 und 5 erhalten bleiben. Der geplante Grillplatz könnte noch weiter nach oben gezogen werden.

Im Rahmen der weiteren Diskussion über das Für und Wider stellt Herr ten Brink den Antrag, wie folgt zu beschließen:

Nach der Abstimmung schlägt Herr Heuvelmann vor, dass die Verwaltung doch alle älteren Bebauungspläne überarbeiten sollte und alle Bäume über 80 cm in die Bebauungspläne eingetragen werden sollten. Darauf erklärt Herr Baumgärtner, dass dies aufgrund der personellen Situation und aus rechtlichen Gründen in keinster Weise möglich ist. Bei den neueren Plänen werden im Abwägungsprozess alle zu erhaltenden Bäume im Bebauungsplan aufgenommen.

Eine Änderung der alten Bebauungspläne im Nachhinein ist nicht mehr möglich.

Der Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz beauftragt die Verwaltung, mit dem Bauherrn und dem Architekten Gespräche dahin gehend zu führen, dass die Planung der Garage so verschoben wird, dass lediglich die Bäume mit der Nr. 4, 10 und 15 gefällt werden. Gelingt eine solche Umplanung kann der Bauherr mit dem Bau beginnen, gelingt eine solche Umplanung nicht, wird der Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz in der nächsten Fachausschusssitzung erneut über das Bauvorhaben beraten.

14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001;

hier: Beratung in den Fachausschüssen

- Maßnahmen des Fachbereiches 5 "Planen und Verkehr" -

(Nr. 05 - 13 0492/2001)

Vorsitzender Herr Lang schlägt vor wie bisher eine seitenweise Beratung vorzunehmen.

Herr Rybold merkt zu Seite 146, HhSt. 1.580.1742.3 i. V. m. 1.580.1745.8 der Einnahmenseite, dass deutlich erkennbar ist, dass die Qualifizierungsmaßnahmen AB nach AFG Personal-/Sachkosten auf 75 % und das andere auf Null gefahren ist. Demgegenüber ist auf der Ausgabenseite eine starke Steigerung der Personalkosten zu verzeichnen. Er fragt, wieso die Erstattungen derart herabgesetzt wurden. Besteht für diesen Bereich etwa nicht mehr die Möglichkeit AB-Maßnahmen zu beantragen, oder wenn doch, warum werden diese Herabsetzungen gemacht. Hierzu teilt Herr Siebers mit, dass die Maßnahme befristet ist und im Frühjahr 2001 ausläuft. Von den eingestellten AB-Maßnahmen ist zur Zeit nur noch Einer da. Die Sachkostenerstattung für die Qualifizierungsmaßnahme ist deswegen auf Null, weil man sie vorher nicht richtig erfassen kann. Aus der Ausgabenseite ergibt sich dadurch aber auch ein Mehrbedarf bei der Unterhaltung der Geräte, Fortbildung etc., der auch nicht eingerechnet ist. Weitere AB-Maßnahmen zu bekommen ist nicht sehr einfach, geschweige denn sie beizubehalten.

Herr Rybold hat wie auch einige andere Ausschussmitglieder Fragen zu anderen Fachbereichen. In diesem Punkt kommt es zu kleineren Konflikten, weil die Ausschussmitglieder der Auffassung sind, dass zumindest die "Grünbereiche" nicht nur im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss sondern auch im Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz behandelt werden sollten. Hierauf erklärt Herr Baumgärtner, dass die Maßnahmen des Fachbereiches 7 neben der Straßenunterhaltung auch die Grünflächenpflege beinhaltet, die im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss behandelt.

Da zum Tagesordnungspunkt 7 "Erneuerbare Energien" die Herren Schnake und Wels von den Stadtwerken erläutern, einigen sich die Ausschussmitglieder nach einer regen Diskussion, dass der Haushalt der Fachbereiche 7 und 8 eigentlich auch in diesem Fachausschuss zu beraten sei, darauf, dass der Tagesordnungspunkt 7 vorgezogen behandelt wird.

Frau Sloot verlässt um 19.00 Uhr die Sitzung.

Herr Bongers verlässt um 19.35 Uhr die Sitzung.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, dass, falls Fragen zu anderen Fachbereichen gestellt werden, der anwesende Kämmerer Herr Siebers bzw. die Verwaltung hierzu

antworten. Sollten Fragen unbeantwortet bleiben, so bittet die Verwaltung, diese in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses zu stellen.

Für die Haushaltsplanberatungen in den folgenden Jahren sind sich die Ausschussmitglieder einig, dass auch die Maßnahmen der Fachbereiche 7 und 8 in dem Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz beraten werden.

Nach Beantwortung diverser Fragen hinsichtlich der Grünflächenpflege, warum Kosten gegenüber den letzten Jahren gestiegen seien bzw. verändert wurden, wird eine seitenweise Beratung der Haushaltsstellen vorgenommen.

Verwaltungshaushalt, Seite 192

HhSt. 1.881.5110.8 - Unterhaltung des Forstes

Herr Baumgärtner ergänzt, dass durch die bereits erläuterte Maßnahme zur Totholzbeseitigung an 900 Pappeln evtl. Verschiebungen innerhalb der Einzelmaßnahmen zur Forstunterhaltung vorgenommen werden, wenn das Ausschreibungsergebnis zu hoch ausfällt.

HhSt. 1.580.9500.9 - Neuanpflanzungen

Herr Heuvelmann ist der Auffassung, dass diese Position eigentlich nicht hierhin gehört sondern in die Maßnahme "Turnhalle". Hierauf teilt Herr Siebers mit, dass die Neuanpflanzung als Folge einer Bebauungsplanänderung anzusehen ist und somit auch im Haushalt an der jetzigen Haushaltsstelle auftaucht.

Änderungswünsche zu den vorgebrachten Seiten im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie im Investitionsprogramm werden nicht vorgetragen.

Der Rat beschließt, den in der Vorlage näher bezeichneten Maßnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zuzustimmen.

TOP 6

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001;

hier: Beratung in den Fachausschüssen

- Maßnahmen des FB 6 - Bauen und Umwelt -

(Nr. 06 - 13 0498/2001)

Herr Voller als stellvertretender Vorsitzender übernimmt jetzt den Vorsitz für Herrn Lang.

Auch hier wird eine seitenweise Beratung der Haushaltsstellen vorgenommen.

Zu vorgebrachten Fragen nimmt Herr Runge wie auch Herr Siebers Stellung und erläutert im Detail die von den Ausschussmitgliedern vorgetragenen Fragen.

Verwaltungshaushalt

HhSt. 1.600.6560.5 - Geschäftsbedürfnisse des Umweltschutzbeauftragten

Herr Wernicke fragt an, warum der Haushaltsansatz hier kleiner als im letzten Jahr angesetzt wird. Herr Siebers erklärt hierzu, dass man im Entwurf dem Umweltschutzbeauftragten einen um ca. 1.300,00 DM höheren Ansatz bereit gestellt hat als im Jahr 1999 ausgegeben wurde.

HhSt. 1.720.6200.8 - Abfuhr durch Unternehmer

Herr Rybold hat hier zur Anmerkung 4 die Frage, wieviel Tonnen und welche Kosten das nicht erfasste DSD-Material ausmacht, welches ja in dem Betrag von 1.658.000,00 DM eingeschlossen ist. Fakt ist, dass 75 % des Gesamtmülls das DSD-Material ausmacht.

Herr Runge teilt hierzu mit, dass in der Papiertonne Druckerzeugnisse vorhanden sind. Da man aber nicht genau angeben kann, was DSD-Material (d. h. Kartonagen, welche vom Verbraucher bereits bezahlt sind) ist, gibt es in Nordrhein-Westfalen die Regelung 75 % Druckerzeugnisse und 25 % DSD-Material. Zieht man jetzt 25 % von der Gesamtmenge für Papier ab, erhält man die Menge für das nicht erfasste DSD-Material. Die Aufstellung über die kostenmäßige Auswirkung für die Entsorgung, welche auf die Graue Tonne umgelegt werden, kann man in den Unterlagen für die Gebührenkalkulation nachlesen. Er sagt zu, dass eine entsprechende Unterlage der Niederschrift beigelegt wird (Anlage 1).

Herr Maiß vermisst auf Seite 173 des Verwaltungshaushaltes den Recyclinghof. Hierauf erklärt Herr Runge, dass bei Verhandlungen mit der Fa. Schönackers herauskam, dass sie das von der Stadt Emmerich angedachte Grundstück für einen Recyclinghof nicht haben möchte. Die Stadt Emmerich wie auch die Fa. Schönackers sind aber auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück. Eine Beauftragung an Dritte ist nicht möglich, da die Stadt Emmerich einen Vertrag mit der Fa. Schönackers über die Entsorgung von Restmüll, Bioabfall, Papier und DSD hat. Zur nächsten Ausschusssitzung wird er versuchen, einen Sachstandsbericht in der Angelegenheit vorzulegen.

Mitglied Rybold hat eine Frage zu der kostenrechnenden Einrichtung Straßenreinigung (Seite 164 des Verwaltungshaushaltes). Bei den Personalausgaben ist im Ergebnis der Jahresrechnung rd. 525.000,00 DM angegeben; im Haushaltsansatz für 2000 ist ein Betrag in Höhe 343.000,00 DM notiert und der Haushaltsansatz für 2001 ist mit einem Betrag von 460.000,00 DM dotiert. Herr Siebers erklärt, dass der Betrag in der Jahresrechnung das Ergebnis der Einsatzstunden der Arbeiter für die Straßenreinigung ist. Dies hat u. a. auch dazu geführt, dass die Abfallentsorgung defizitär wurde, weil die Entleerung der Papierkörbe durch die vielen Einsatzstunden der Arbeiter so teuer wurde. Der Ansatz für das Jahr 2000 ist zu dem Zeitpunkt entstanden, wo das Ergebnis der Jahresrechnung 1999 noch nicht vorlag. Der Ansatz für das Jahr 2001 ist ein Mittelwert der Ansätze zwischen den Jahren 1999 und 2000.

HhSt. 1.792.6210.0 - Umsetzung ÖPNV-Konzept

Auf Anfrage von Herrn Rybold antwortet Herr Fidler, dass ein entsprechender Ratsbeschluss erst im Februar zu erwarten ist, der Betrag aber schon jetzt im Haushalt aufgenommen ist, da die im Sommer zu erwartenden Neuerungen im ÖPNV auch entsprechend in der Bürgerschaft bekannt gemacht werden müssen. Die Kommission Betuwe-Regionalverkehr wird sich zum gegebenen Zeitpunkt mit den entsprechenden Maßnahmen beschäftigen.

HhSt. 1.880.6250.4 - Entsorgungskosten

Herr Maiß fragt nach dem Sachstand EUR.

Herr Lang schlägt vor, dass man entsprechende Unterlagen in der nächsten Ausschusssitzung im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Herr Runge erläutert, dass ein angesetzter Termin (19.01.2001) für ein Gespräch bei der Bezirksregierung auf Wunsch des Kreises Kleve auf 2-3 Wochen später verschoben wurde. Der Kreis Kleve möchte sich in dieser Zeit anwaltlichen Rat zu Hilfe ziehen. Voraussichtlich wird dann Mitte März der Termin bei der Bezirksregierung stattfinden. Momentan sieht es noch so aus, dass die Stadt Emmerich noch einen Erbbaurechtsvertrag für dieses Grundstück besitzt, so dass die Stadt Emmerich nicht in der Form über das Grundstück

verfügen kann, wie sie es gerne tun würde. Hier Siebers ergänzt, dass der Ansatz von 20.000,00 DM für Verfahrenskosten (Anwaltskosten etc.) eingeplant ist.

Vermögenshaushalt

HhSt. 1.580.3500.6 – Ausgleichsbeträge für naturschutzrechtliche Eingriffsregelungen

Herr Rybold führt hier an, dass im Originalentwurf unter Gesamtausgaben 5 ein Betrag von 156.000,00 DM beziffert ist. Unter den Einnahmen tauchen 10.000,00 DM. Hier steht nicht ein Überschuss von 10.000,00 DM (wie in der zu beraten Vorlage in diesem Ausschuss) sondern ein Zuschussbedarf von 146.000,00 DM.

Hierzu erklärt Herr Siebers, dass man, ausgehend der Aussage von Herr Rybold, addiert man die 156.000,00 DM mit 10.000,00 DM auf, dass dies die Gesamtausgaben des gesamten Einzelplanes 5 darstellen; dieser fängt beim Bereich "Sport" an und hat mit dem Betrag 10.000,00 DM (für Ausgleichsbeträge für naturschutzrechtliche Eingriffsregelungen) nichts zu tun.

Änderungswünsche zu den vorgebrachten Seiten im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie im Investitionsprogramm werden nicht vorgetragen.

Herr Heuvelmann stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, den in der Vorlage näher bezeichneten Maßnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zuzustimmen.

8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 4 Enthaltungen

TOP 7

Projekte für erneuerbare Energien ; hier: Mündlicher Bericht

Herr Maiß erläutert, dass Ausgangspunkt hierfür die Veranstaltung "Erneuerbare Energien" des NABU war. In diesem Zusammenhang wurde über grüne Tarife und Emmergreen-Strom und dessen scheinbare Erfolglosigkeit diskutiert. Ergebnis war, dass man zu der Auffassung kam, dass es möglich sein müsste, in Zusammenarbeit der Stadtwerke mit den Bürgern etwas auf die Beine zu stellen.

Vorsitzender Herr Lang macht den Vorschlag, heute und jetzt nicht eingehend darüber zu diskutieren. Vielmehr sollte seitens der Verwaltung entsprechenden Diskussionsmaterial erstellt werden, welches dann zur nächsten Fachausschusssitzung beraten wird.

Herr Schnake führt aus, dass das Thema "regenerative Energien" ein sehr breites Feld ist. Die neue Gesetzeslage (gültig seit März 2000) bezüglich des "Regenerativen Energiengesetzes" schafft völlig neue Voraussetzungen. Die Stadtwerke hat sich in der Diskussion mit der NABU grundsätzlich dazu bereit erklärt, sich in solche Bürgerprojekte einzubringen. Hinsichtlich des Emmergreen-Stroms teilt er mit, dass 1 % - 3 % der Haushalte (d. h. ca. 200 – 300 Haushalte) Interesse am Ökostrom bekundet haben; letztendlich haben sich dann ca. 10 Haushalte für den Ökostrom entschieden. Er ist der Meinung, dass man sich in einem kleinen Kreis mit dem Thema "Erneuerbare Energien" befasst.

Herr Heuvelmann kann sich dem anschließen, dass man eine kleine Arbeitsgruppe bildet,

die dann evtl. bis zum Sommer 2001 zu einer Arbeitsgrundlage kommt, wo man strukturelle Maßnahmen für Emmerich erkennen kann.

Herr Schnake merkt an, dass man diesbezüglich schneller arbeiten sollte, da es nur noch wenige Förderprogramme für solche Maßnahmen gibt und der Andrang hierfür sehr groß ist.

Vorsitzender Herr Lang schlägt vor, dass jede Fraktion ein Mitglied benennt, welches sie in die Arbeitsgruppe entsendet, die dann gemeinsam mit SWE und Verwaltung arbeitet. Nachfolgende Besetzung wird vorgenommen:

SPD	-	Herr Karl-Heinz Bongers
Bündnis 90/Die Grünen	-	Herr Franz Maiß
CDU	-	Herr Christian Heuvelmann, Stellvertreter: Frau Birgit Slood
FDP	-	Herr Olaf Gabriel
BGE	-	Frau Sandra Bongers, Stellvertreter: Frau Sigrid Weicht

Der Vorsitzende Herr Lang erklärt abschließend, dass die Arbeitsgruppe ihre erarbeiteten Ergebnissen zum entsprechenden Zeitpunkt im Ausschuss für Landschaftspflege und Umweltschutz zur Beratung vorlegen wird.

Nunmehr führt der Vorsitzende Herr Lang die Diskussion bei Tagesordnungspunkt 5 weiter.

TOP 8

Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

Baumkataster;

hier: Mitteilung von Herrn Baumgärtner

Herr Baumgärtner teilt mit, dass nunmehr das Baumkataster der Stadt Emmerich seit Ende 2000 vorliegt.

Die Verwaltung beabsichtigt allen Ausschussmitgliedern eine Zusammenfassung (Abschlussbericht) in der Sitzung des Ausschusses für Landschaftspflege und Umweltschutz am 06.03.2001 vorzulegen.

Er teilt lediglich mit, dass in der Stadt Emmerich 8.372 Straßenbäume sowie Parkbäume vorhanden sind, die aus 135 verschiedenen Baumarten und -sorten bestehen. Desweiteren führt er aus, dass die Stadt Emmerich mit diesen 135 unterschiedlichen Baumarten bzw. -sorten eine nach den Erfahrungen von der Firma Hansaluftbild mit vergleichbaren Städten erfreulich Artenvielfalt vorweisen kann. Die Ergebnisse der terresterischen Vitalitätseinstufung liegt die Stadt Emmerich zwar etwas unter den langjährigen Erfahrungen der Firma Hansaluftbild, fallen aber auch zufriedenstellend aus. Einzelheiten können die Ausschussmitglieder aus dem Abschlussbericht entnehmen.

Auf die Frage von Herrn Heuvelmann, ob die einzelnen Daten, die bei der Verwaltung auf dem PC-Programm zur Verfügung stehen, auch allen Ausschussmitgliedern zugänglich seien, erklärt die Verwaltung, dass dies aus rechtlichen Gründen kaum möglich ist, da die Städte hierfür eine Lizenz bezahlen. Herr Baumgärtner wird dies jedoch prüfen und im Rahmen der

Sitzung des Ausschusses für Landschaftspflege und Umweltschutz am 06.03.2001 zur Beratung vorlegen.

Anfragen

1.) Recyclinghof;

hier: Anfrage von Frau Weicht

Auf Anfrage von Frau Weicht, wie der Sachstand in Sachen Recyclinghof ist, teilt Herr Runge mit, dass er bemüht ist, in dieser Angelegenheit weiter zu kommen.

2.) EUR;

hier: Anfrage von Frau Weicht

Herr Runge teilt mit, dass in der nächsten Fachausschusssitzung die Mitglieder darüber informiert werden, was die einzelnen Sachzusammenhänge sind und was es gilt zu erreichen, unabhängig davon, ob das Gespräch bei der Bezirksregierung bereits stattgefunden hat oder nicht.

3.) Abholzung auf dem Bahngelände, Reeser Straße;

hier: Anfrage von Frau Weicht

Herr Baumgärtner erklärt, dass die Bahn aus Verkehrssicherungsgründen die Bäume abgeholzt hat.

4.) Abfrage der Abfallmengen über Internet (in Geldern);

hier: Anfrage von Herrn Maiß

Herr Maiß teilt mit, dass die Bürger in Geldern ihre Abfallmengen über Internet mit Angabe der Steuernummer abfragen können; dies wird durch Info-Blätter in Geldern bekannt gegeben.

Bislang war es so, dass die Stadt Emmerich eine Vorreiterrolle gespielt hat, nunmehr ist es anscheinend die Stadt Geldern.

Hierzu erklärt Herr Runge, dass es eine Beschlusslage gibt, aus Datenschutzgründen nicht ans Internet zu gehen. In Emmerich ist es so, dass jeder Bürger, der Informationen haben möchte, diese auch bekommt (sei es telefonisch oder schriftlich). Er sieht momentan keinen Bedarf die Daten ins Internet zu stellen. Er erklärt sich bereit, mit der Firma Schönackers diesbezüglich Kontakt aufzunehmen und in der nächsten Fachausschusssitzung darüber zu berichten.

5.) Energieeinsparung an Schulen;

hier: Anfrage von Herrn Maiß

Herr Maiß führt aus, dass er auf immer wiederholtes Nachfragen beim Fachbereich 8 bezüglich der Energie- und Mülleinsparung an Schulen immer wieder zu hören bekommt, dass hierfür erst noch die entsprechenden Computerprogramme geschrieben werden müssten.

Herr Runge führt zum wiederholten Male aus, dass dies in den Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches 8 fällt.

Herr Lang macht den Vorschlag, dass sich der Fachbereichsleiter 6 und der Fachbereichsleiter 8 zusammensetzen, um in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht zu erhalten.

Eine weitere Möglichkeit wäre, dass der Fachbereichsleiter 8 zur nächsten Ausschusssitzung hinzukommt und zu dem Thema etwas berichtet.

6.) Internet;

hier: Anfrage von Herrn Rybold

Herrn Rybold ist im Internet aufgefallen, dass auf der Emmericher Seite (Organe/Ausschüsse) steht, dass ab Anfang 1999 die Ausschüsse mit ihren

Mitgliedern auf der Seite zu finden sind.

Wenn man das liest ist es seiner Meinung nach wohl besser, keine Emmericher Seite ins Internet zu stellen als eine bestehende Internet-Seite nicht zu pflegen. Herr Siebers erklärt, dass das KRZN mit der Betreuung der Internet-Seiten für die Kommunen beauftragt (neues Logo der Stadt Emmerich, farbliche Gestaltung etc). Die Emmericher Internet-Seite ist eigenhändig von der Stadt Emmerich entworfen worden

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Bürger zur Einwohnerfragestunde anwesend.

Der stellvertretene Vorsitzende Tenhaef schließt um 20.20 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzende

Schriftführerin